

BGE 68 III 10

Bundesgericht (BGE), 1942-01-01, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_68_III_10

FR: ATF 68 III 10

IT: DTF 68 III 10

Volltext

IO Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. N0 4. nach Art. 574, befugte Erbe war. Die Zuweisung an den Staat nach Art. 133 Abs. 2 VZG bedeutet demnach nicht erbrechtliche Übertragung, sondern (eben mangels erb- rechtlichen Überganges und mangels Möglichkeit der Ver- wertung in konkursamtlicher Erbschaftsliquidation) An- fall an den Staat als Herrn des Gebietes, zu dem die betreffenden Sachen gehören, wer auch immer sie als aus- . schlagender Erbe, Grundpfandgläubiger oder auch bisher unbeteiligter Dritter hätte erwerben können. Der von Ihnen erwähnte Art. 57 ZGB bezieht sich nur auf das Ver- mögen juristischer Personen (vgl. für den Fall eines man- gels genügender Aktiven eingestellten und geschlossenen Konkurses einer solchen BGE 56 III 192) und ist daher hier nicht anwendbar. Somit ist die vorliegende Lücke der VZG sachgemäss auszufüllen in der Weise, dass die Liegen- schaften demjenigen Kanton zugewiesen werden, in dessen Gebiet sie sich befinden, mit dem sie untrennbar verbunden sind. Es müsste befremden, wenn auf die in Art. 133 Abs. 2 VZG vorgesehene Art ein Kanton in einem andern Kanton Grundeigentümer werden könnte, und nach dem Ausge- führten besteht für eine derartige Zuweisung auch kein Rechtsgrund. Es handelt sich einfach um die Verfügung über Grundstücke, die sonst herrenlos würden. Diese Ver- fügung wird richtigerweise dem Kanton zugewiesen, dessen Gebietshoheit das einzelne Grundstück untersteht, bezüg- lich des in Rede stehenden Grundstückes also dem Kanton Zürich. 4. Entscheid vom 20. Februar 1942 i. S. Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft. Arrest und Zwangsvollstreckung8'lna8snalnnen gegenüber VernWgen ausländischer Schuldner.' Der darüber erlassene Bundesrats- beschluss vom 24. Oktober 1939 ist nicht rückwirkend (Erw. 1). Internationale tJbereinkunjt betreffend Zivilprazes8recht von 1905: Der ersuchte Staat entscheidet selbst über Gewährung oder Ablehnung der R.echtshilfe nach Art. 4. Andererseits ist der ersuchende S~ frei, eine in seinem eigenen Gebiete voll. ~iehbare Art der Zustellung anzuordnen, sofern dies na,ch seiner mternen Gesetzgebung zulässig ist (Erw. 2 und 3, Änderung der Rechtsprechung). Schulrlhetl'eibungs. und Konkul'srecht. N0 4. II Arresturkunde und Zahlung8befehl müssen durch das Betreibungs. amt zugestellt werden (Art. 276 a1. 2 IUIld Art. 70 ff.SchKG). . Private Zustellung ist nicht wirksam. Öffentliche Zustellung (Art. 66 a1. 4 SchKG): Ist sie vorzunehmen trotz bekannten Wohnortes des Schuldners, wenn der Staat, in dem er wohnt, die Übermittlung der Urkunden verwehrt ! Es besteht keine genügende Veranlassung, dieses ausserge- wöhnliche Verfahren anzuwenden zugunsten eines im Auslande wohnenden Gläubigers, der zudem keinen in der Schweiz voll. streckbaren Titel für seine Forderung besitzt (Erw. 4 a1. 2). Daraus folgt nicht der Hinfall des Arreste.'i als solchen (Erw. 4 a1. 3) . Sequestre et mesures d'execution foreee portant BUr les bien8 d'un debiteur etranger: L'arrete du Conseil foeral du 24 octobre 1939 n'a pas d'effet retroactif. Convention internationale ·relative a la procedure civile du 17 juillet 190/j: C'est a l'Etat requis a decider si 180 signification sera accordee ou refusee. L'Etat requerant est !ibre en revanche d'ordonner tel mode de notifieation qui pourrait etre

exécutée sur son propre territoire selon la loi nationale (consid. 2 et 3; changement de jurisprudence). Procès-verbal de sequestre et commandement de payer: Ces actes ne peuvent être valablement notifiés que par l'office des poursuites (art. 276 al. 2 et 70 et suiv. LP). Notification par publication (art. 66 al. 4 LP) : Peut-on y avoir recours, encore que le débiteur ait un domicile connu, lorsque l'Etat du domicile refuse la transmission des actes ? Il n'y a pas de raison suffisante de recourir à ce mode exceptionnel de notification en faveur d'un créancier étranger, alors surtout qu'il ne possède pas de titre exécutoire en Suisse (consid. 4 al. 2). Cela ne signifie pas pourtant que la sequestre d'Avienne caduc. Sequestro e misw'e d'esecuzione forzata riguardo rli beni di delYitm'i domiciliati all'estero: Il decreto 24 ottobre 1939 del COIIRiglio federale non ha effetto retroattivo. Convenzione internazwnale relativa aUa. procedura civile (del 17 luglio 1905): Spetta al 10 Stato l'ichiesto decidere se la notificazione sarit concessa o rifiutata. Lo Stato richiedente t- invece libero di ordinare im certo modo di notificazione esc- guibile sul suo territorio secondo 180 legge nazionale (consid. 2 e 3; cambiamento di giurisprudenza). Verbale di seque8tro e precetto e8ecutivo . ' Questi atti possono essere validamente notificati soltanto per opera dell'ufficio esecuzioni (art. 276 cp. 2 e 70 LEF). Notificazione mediante pubblicazione (art. 66 cp. 4 LEF). Si PU~l procedere a siffatta notificazione, quantunque il debitore abbia un domicilio conosciuto, allorché 10 Stato, in cui il domicilio si trova, rifiuta la trasmissione degli atti ? Non vi è sufficiente motivo di ricorrere a questo modo eccezionale di notificazione a favore di un creditore straniero, soprattutto se non possiede un titolo esecutivo in Svizzera (consid. 4, cp. 2). Non ne segue però la caducità del sequestro come tale. Die Firma Kleinwort, Sons & Co. in London erwirkte am 23. Oktober 1939 in Zürich einen Arrest auf dort

12 SchuldbctreibWlgs- und Konkursrecht. N0 4. befindliches Vermögen der Allgemeinen Elektrizitäts- gesellschaft in Berlin als in Anspruch genommener Schuld- nerin und stellte beim Betreibungsamt Zürich I das Betreibungsbegehren. Da die deutschen Behörden, wie sich in andern Fällen bereits ergeben hatte, während der Dauer des Krieges Betreibungsurkunden für englische Gläubiger gegen in Deutschland wohnende Schuldner nicht zuzustellen pflegen, sah das Betreibungsamt von vornherein von dem Versuch einer Zustellung auf dem ordentlichen Wege durch Vermittlung der deutschen Behörden ab und bot Hand zu einer unter seiner Kontrolle durch den Vertreter der Gläubigerin vorzunehmenden {(privaten » Zustellung. So wurde die Schuldnerin tatsächlich erreicht, aber auf deren Beschwerde hoben die kantonalen Aufsichtsbehörden die Zustellung als nichtig auf, die obere am 19. Juni 1941, und dabei liess es die Gläubigerin bewenden, indem sie den Rekurs an das Bundesgericht nachträglich zurückzog. Sie ersuchte jedoch nun das Betreibungsamt um öffentliche Zustellung im Sinne von Art. 66 Abs. 4 SchKG und führte gegen die ablehnende Verfügung Beschwerde mit dem Erfolg, dass die obere kantonale Aufsichtsbehörde am 16. Januar 1942 dem Betreibungsamte die öffentliche Zustellung des Zahlungsbefehls aufgab. Diesen Entscheid zieht die Schuldnerin an das Bundesgericht weiter mit dem Antrag auf Abweisung der Beschwerde der Gläubigerin. Die Schuldbctreibungs- und Konkurskammet- zieht in Erwägung : 1. - Gegen den am 23. Oktober 1939 bewilligten Arrest lässt sich nichts aus dem tags darauf gefassten und zugleich in Kraft getretenen Bundesratsbeschluss herleiten, der bis auf weiteres die Bewilligung von Arresten nach Art. 271 Ziff. 1 und 4 SchKG für im Auslande wohnende Gläubiger verbietet. Die Arrestbewilligung ist denn auch nicht im Sinne von Art. 1 Abs. 2 dieses BRB angefochten Schuldbctreibungs- und Konkursrecht. N0 4. 13 worden. Da dessen Vorschriften nicht rückwirkend erklärt sind, folgt daraus schlechterdings nichts

dass das SchKG mit diesem Falle gar nicht rechnet und insofern eine Lücke aufweist. Das heisst jedoch nicht, dass bei jeder solchen Zustellungsverweigerung kurzerhand zur öffentlichen Zustellung zu schreiten sei. Würde unbekümmert um die einander widerstreitenden Interessen so vorgegangen, so wäre dem Gesetze Gewalt angetan, das doch eigentlich nur den unbekannt wo wohnenden Schuldner der öffentlichen Zustellung der für ihn bestimmten Mitteilungen aussetzen will. Es mag nun wegen der durch die Schweiz zu wahren Interessen geboten erscheinen, trotz bekanntem (ausländischem) Wohnsitz des Schuldners eine öffentliche Zustellung zufolge der Unmöglichkeit einer tatsächlichen amtlichen Übermittlung von Schriftstücken dann vorzunehmen, wenn der Gläubiger in der Schweiz wohnt, das Verfahren also auf Verwirklichung der Rechte einer der Schutzgewalt der Schweiz unterstehenden Person gerichtet ist, und zu Gunsten eines im Auslande wohnenden Gläubigers allenfalls dann, wenn er sich über die Forderung bereits durch einen schweizerischen oder nach internationalem Abkommen in der Schweiz anzuerkennenden Vollstreckungstitel ausweist. Wie dem auch sei, wäre es im vorliegenden Falle, wo weder das eine noch das andere zutrifft, nicht gerechtfertigt, über den Wortlaut des Art. 66 Abs. 4 SchKG hinaus eine öffentliche Zustellung gegenüber einem Schuldner mit bekanntem Wohnort anzuordnen und ihn damit der Gefahr eines nicht rechtzeitig zu seiner Kenntnis gelangenden und mangels Rechtsvorschlages vollstreckbar werdenden Zahlungsbefehls auszusetzen, nur um dem ausländischen Gläubiger die Fortsetzung des Verfahrens zu ermöglichen. Die Schweiz, in deren Gebiet das arrestierte Vermögen des Schuldners liegt, hat dessen Interessen gebührend zu berücksichtigen. Aus diesem Gesichtspunkte hält die Anordnung der öffentlichen Zustellung durch die Vorinstanz dem Rekurse des Schuldners nicht stand. Entgegen dessen Ansicht hat andererseits das Zustellungs-

16 Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. N^o 5. Hindernis nicht den m^uall des ordnungsgemäss bewilligten und vollzogenen Arrestes zur Folge (BGE 49 I 550). Der Arrest bleibt vielmehr bestehen, wenn der Gläubiger ihn nicht etwa durch Versäumung einer von ihm einzuhaltenen Frist verwirkt (Art. 278 SchKG) und er auch nicht nach den Vorschriften über den Verrechnungsverkehr mit dem Ausland aufgehoben werden muss (BGE 66 m I). Sollte der Schuldner seinerseits der fortdauernden Beschlagnahme seines Vermögens eine rasche Abklärung der Ansprüche vorziehen, so mag er selbst im Sinne von Art. 66 Abs. 1 SchKG einen Zustellungsbevollmächtigten bezeichnen. Demnach erkennt die Schuld- u. Konkurskammer: Der Rekurs wird gutgeheissen und der kantonale Entscheid aufgehoben. 5. Arrêt du 23 février 1942 dans la cause d'Ille Boinnard. Mode de poursuite après radiation d'une raison de commerce de la suite de faillite (an. 40 LP, art. 64 et ss ordonnance sur le registre du commerce). Les personnes rayées du registre du commerce à la suite de faillite sont sujettes à la poursuite par voie de saisie de leur radiation m^ulle si .celle-ci. n'est pas une conséquence nécessaire de la faillite (liquidation suspen-ue faute d'actif, an. 230 LP et art. 65 ORC). Confirmation de la jurisprudence. Art der Betreibung nach Löschung einer Geschäftsjirma zu Folge Konkurses (Art. 40 SchKG, Art. 64 ff. der Vo. über das Handelsregister): ' Von der Löschung an untersteht der Schuldner sofort der Betreibung auf Pfändung, sofern die Löschung durch den Konkurs ver-urteilt wenn auch nicht dessen notwendige Folge war (so bei Einstellung des Konkurses mangels Vermögens, Art. 230 SchKG und Art. 65 HRVo.). Bestätigung der Rechtsprechung. Speck d'esecuzione dopo cancellazione di una ditta commerciale in seguito. a fallimento (an. 40 LEF, art. 64 e sag. ordinanza sul registro di commercio). Le p^e-ne cancellate dal registro di commercio in seguito a fallimento sono soggette

all'esecuzione in via di pignoramento a partire dalla loro cancellazione, anche se que."Ita non sm una Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. No 5. 17 conseguenza necessaria del fallimento (liquidazione sospesa. per mancanza d'attivo, art. 230 LEF e art. 65 ORC). Conferma della giurisprudenza. A. - Dlle Boinnard etait inscrite au registre du com- merce depuis le p.ebut du mois de ferner 1941 comme titulaire d'un commerce de produits textiles et industriels a Lausanne. Vers 10. fin du meme mois, Woog 0. dirige cQltre elle une poursuite qui 0. ahouti a sa mise en faillite au milieu de juin 1941. La liquidation 0. cependant et6 suspendue faute d'actif et 10. faillite 0. et6 clöturee, les creanciers n'ayant pas fait l'avance des frais (art. 230 LP). La raison individuelle 0. at6 radiae le 16 juillet. D'apres la publication parue dans la Feuille officielle 8ui886 du commerce du 19 juillet, 10. radiation 0. eu lieu d'office, en application de l'art. 66 a1. 1 de l'ordonnance sur le registre du commerce (ORC), 10. maison ayant cessa son activit6 ; mention etait faite de l'ouverture de la faillite et de 10. suspension de 10. liquidation. Ce meme 19 juillet, Woog 0. intente une nouvelle pour- suite contra so. debitri-. Le 12 &Out 1941, l'office des pour- suites de Morges, dans le ressort duquel dlle Boinnard s'etait entre temps fixee, 0. pratiqu6 une saisie a son prejudice. B. - La debitrice 0. porte plainte le 19 novembre, demandant l'annulation de 10. saisie. Elle invoque le maintien des effets de l'iIiScription pendant les six mois qui suivent 10. radiation. Les autoriMs vaudoises ont rejete 10. plainte, se fondant sur 10. pratique en vertu de laquelle 10. regle de l'art. 40 LP n'est pas. applieä}Jie dans le cas 011 le debiteur 0. eM raye du regisnre du commerce ensuite de faillite. O. - La d6bitrice recourt au Tribunal federal. Elle soutient que la jurisprudence appliquee n'a plus sa raison d'etre en face des nouvelles prescriptions des art. 65 et 66ORC. Oonsid,ttant en droit : Selon l'art. 40 LP, les personnes rayees du registre du commerce demeurent sujettes a 10. poursuite par voie AS 68 III - 1942 2

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.